

Das Glück der Habenichtse

Die beständige Klasse, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von einem bösen Glück durchzerrt sind, große Einnahmen zu ergattern, sind in Wirklichkeit zu bedauern, denn das böse Glück bereitet sie auch dazu, minderwertige Lebensmittel zu kaufen, die sich nicht mit den besten vergleichen lassen. Einmal mehr, die Arbeiter sind nur vom bösen Glück, das sie nützlich herbeizuschicken, das gerade die billigen Nahrungsmittel die nützlichsten sind, gerade die Lebensmittel, die dem Gaumen der Arbeiter so widerwärtig sind, daß er lieber noch auf andere Weise verhungert. In einem solchen (bedingungslos) bewiesenen Prof. Ziemann, das Marktbrot, Kartoffeln, Margarine, Butter und Reis die billigen Nahrungsmittel sind, Fleisch und Eier die teuersten. In der gewöhnlichen Ernährung ist es zwar so eingerichtet, daß das marktfreie Brot weniger vorteilhaft ist als das billiger Brot, das der Arbeiter auf dem Markt bekommt. Das ist schmerzhaft, ist kein Fehler, die dunkle Farbe deutet nur auf das Wohlgefallen der Arbeiterklasse. Erfolge von Arbeiterfreundschaft, die die „Kreuz-Zeitung“ von einem Arbeiter nach der Statistik des Herrn Prof. Ziemann folgende neue fundamentale wissenschaftliche Untersuchungen der folgenden Tabelle unterbreitet:

„Stets nach der zweigeteilten Nahrung für das Volk aus Marktbrot, Kartoffeln, Margarine, Butter, Zucker, Salz und Reis wird es zu wenig gegeben, und Gemüße sind leider zu teuer.“

Nährend ist doch die Sorge des Arbeiters um das Wohl des Volkes. Daß für die Bourgeoisie und den Adel eine andere Nahrung zurechtgemacht ist, empfindet die zum Verzeihen von Butter, Eier und Fleisch bereiten Arbeiter als eine Ungerechtigkeit des Schicksals! Das Proletariat muß das Schicksal fortigieren.

Insland

Mitglied der sozialdemokratischen Regierung in Schweden

Stockholm, 7. April. Die Regierung Branting ist zurückgetreten. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß die Konventionen und Liberalen die Verantwortung für den Rücktritt des Kabinetts trifft. Die Regierung, die nur aus Sozialdemokraten bestand, hatte keine Richtlinien für die Arbeitslosenunterstützung vorgelegt. Diese Richtlinien, die im Ausschuss angenommen wurden, wurden von der Kammer abgelehnt, wodurch die Regierung genötigt war, zurückzutreten. Von konservativer Seite begrüßt man im allgemeinen die Demission.

Neue Kommunalverfassungen in Italien. In Mailand wurde auf Grund eines Haftbefehls aus Rom Genosse Grieco, Mitglied der Parteizentrale, verhaftet. Mehrere andere Verhaftungen werden gemeldet.

folgeschlechte wie in Österreich teilweise eine Katastrophe eintrat. Dies ist zum Teil sicherlich darauf zurückzuführen, daß die ausländische Kohle trotz der Transportkosten billiger ist als die deutsche. In der Kalkindustrie haben sich die Abwärtstendenzen außerordentlich ungünstig geltend gemacht. Betriebsbedingungen und Preisfragen sind an der Tagesordnung.

Während der Eisenindustrie und aus England wurden erhebliche Mengen Kohle nach Deutschland eingeführt. Das Auslandsgeschäft der deutschen Eisenindustrie. In der Eisen- und Stahlindustrie ist ein ungewöhnlicher Rückgang zu verzeichnen, während die Lage der Aluminiumindustrie eine sehr schlechte ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Zement- und in der Holzindustrie. Vom Verband Berliner Metallindustriellen haben 12 Prozent der angeführten Firmen eine 24stündige Arbeitszeit eingeleitet, etwa 8 Prozent der Arbeiter sind davon betroffen. Weitere Betriebsbedingungen werden angefügt. In der elektrischen Industrie war die Lage ebenfalls ungünstig.

Milliardenzujammenbruch auf Milliardenzujammenbruch

Im ersten Vierteljahr 1928 ist die Zahl der Kontostärkungen die niedrigste seit Jahren. Im ganzen Vierteljahr wurden 70 Konten eröffnet gegen 789 im ersten Vierteljahr 1927. Allerdings steigt schon Monats März ein neues Anzeichen der Kontenlosigkeit im Februar. Im ersten Vierteljahr 1928 wurden 14 Milliarden Mark gekürzt. In den letzten Tagen sind ähnliche Zukunftsberichte erfolgt. Nicht es bei dem Stillstand des Marktes, so werden in den nächsten Tagen und Wochen weitere Zusammenbrüche folgen, da die dreimonatlichen Termingeschäfte, die im Januar des mild und lehrhaft anstehenden Dollarkurses abgeschlossen wurden, jetzt ablaufen und viele große und kleine Firmen in den Konten treten werden.

Die Ablosung, die jetzt eingetreten ist, verneht aber die Zahl der Konten und das plötzliche Stehenbleiben des Marktes führt zu Milliardenverlusten. So wurde an der getriebenen Seite bekannt, daß die Getriebenen Geben die Zahlungen einstellen mußte, und daß die getriebenen Geben auf 14 Milliarden Mark gekürzt werden. In den letzten Tagen sind ähnliche Zukunftsberichte erfolgt. Nicht es bei dem Stillstand des Marktes, so werden in den nächsten Tagen und Wochen weitere Zusammenbrüche folgen, da die dreimonatlichen Termingeschäfte, die im Januar des mild und lehrhaft anstehenden Dollarkurses abgeschlossen wurden, jetzt ablaufen und viele große und kleine Firmen in den Konten treten werden.

„Handel zur kommunikativen Agitation“

Das Hauptorgan des Herrn Sinnes, die „DWA“, hat sich aus Sinnigkeit heraus lassen, daß händliche Wörter den Wortlaut von Reden zu veröffentlichen, die den russischen Handelsvertretungen im Ausland den Wortschatz ausbreiten werden. Es soll darin u. a. heißen:

„Der Handel soll der kommunikativen Agitation dienen. Unter der Arbeiterklasse und im Militär der betreffenden Auslandsgebiete ist die Stimmung der Unzufriedenheit zu fördern, Streiks sind zu organisieren. Die Kommunistenmitglieder haben in besten Stille zu stehen, plötzliche Diners zu veranstalten. Es muß versucht werden, die Hilfe zu erhalten. Weiter haben die Handwerker sich in erster Linie zu bemühen, den Kommunisten unter Arbeiter und Soldaten zu verbreiten; die Arbeiter sind mit Waffen zu versehen. Die Instruktion ist u. a. von B. A. A. in geschriebener Form zu erhalten.“

Diese von Sinnesberg aus Finnland bezogene „Instruktion“, die natürlich heimliche Sinnesarbeit — ausgerechnet — der „DWA“ nachdrücklich trägt den Stempel der plumpsten Fälschung an der Stelle. Die Reden der russischen Handelsvertreter in Berlin sind dazu abgesehen, daß die Werbung des Sinnesorgans auf Gründung beruht.

Der rote Mittelblut

Die planmäßige Hebe gegen Sachsen mit feiner parlamentarischer Arbeiterschaft geht in der großen bürgerlichen Presse systematisch vor sich. Die „DWA“ schreibt z. B.:

„Die Bedingungen, auf die die Kommunisten und Sozialisten geeinigt haben, sind ein einziger Bruch der Hebeschlange.“

Die „DWA“ malt den Bourgeois das Gesicht eines roten Mittelblutes an die Wand und fordert die Hebeschlange an, die mit bestimmter Kraft Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Es sei das Beste.

„Nicht nur an Rhein und Ruhr, sondern auch in Sachsen wird der Kampf gegen die äußere Arbeit ausgefochten.“

Die sächsischen Arbeiter als äußere Hebe — das ist nicht viel. Die deutsche Arbeiterschaft muß in der Tat einen roten Mittelblut schaffen, was darüber hinaus überall „mit bestimmter Kraft Ruhe und Ordnung schaffen“, will sie vor den „legalen“ und „illegalen“ Angriffen der anerkannten oder nicht anerkannten Hebeschlange über sein.

Der Kultureit im Hauptauschuh des Landtags

(Eigener Bericht)

Am Donnerstag begann im Hauptauschuh des preußischen Landtags die diesjährige Beratung des Haushaltsanschlusses des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Die Rede, die der Minister Böllig den Etat einbrachte, war ein wenig reaktionär. Er wandte sich gegen die „Unruhe“, die durch neue Reformen in den Schulen gebracht würde, während er das „Kulturwert“ der Oberklassen, das nicht als lächerliches Mittelwert ist, hochschätzte. Das Wort „Republik“ kam selbstverständlich in dieser Rede nicht vor, dagegen erging sich der Minister in nationaler Weise.

Als erster Redner gelangte Genosse Schölem in eingehender Rede die gesamte Politik des Ministers im abgelaufenen Etatsjahr. Ein reaktionärer reaktionärer Redner ist das Schlußwort im Preußen des Böllig geworden dem der Schlußwort der Sozialdemokratie der sozialdemokratischen Regierungspolitik. Was, was das Ministerium geplant hat, hatte sein Ziel in der Stellung der bürgerlichen Klassenarbeiterschaft. Deswegen als reaktionärer politischer Schölem nicht befragt, grundsätzlich Kommunisten nicht befragt, sogar Sozialisten ablehnt und seine Beamtenauswahl nach bewährten reaktionären Plänen vornimmt. Deswegen Reueinigung der Kultureit über die Beamteten. Deswegen Heranzugung der Kultureit in den Hauptauschuh. Genosse Schölem verliert unter großem Krächzen eine Verfügung, die die Körperhaltung der Kinder beim Lesen lang und breit vorschreibt — deswegen planmäßige Förderung des nationalistischen Geistes in den Schulen. Böllig hat alle Richtungen zur Befähigung dieses Geistes in den Schulen, die nach dem Reaktionswort vom Kulturreinminister pro forma herausgegeben wurden, planmäßig labortiert (Haupt Stubsentrauf). Der Kulturreinminister hat die letzten Schranken hinweg-

genommen, die dem Sozialismus an den höheren Schulen nach entgegenstanden. Mit Gelächern ist das System Böllig nicht zu bekämpfen. Wenn die „DWA“, die jetzt gegen Böllig mit dem Munde vorgibt, den Minister wirklich beilegen wollte, so hätte sie ohne weiteres die Macht dazu.

Wah unserm Redner sprach der Sozialdemokrat König (Schwimmende), der gleich bemerkt, daß die „DWA“ nicht daran denkt, gegen Böllig vorzugehen. König erklärte, die Reformpolitik der Minister ist ein „Krieg“ (1). Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat sich demgegenüber, daß Böllig sich nur nach Volksparteier und keine Sozialdemokraten an die Fackeltipps stellt.

Der Minister ging auf die Einzelheiten der Rede des Genossen Schölem nur mit einigen Worten ein und erklärte, er sei befriedigt, daß seine Politik nicht den Beifall der Kommunisten findet. Aber auch auf die schwache sozialdemokratische Kritik antwortete Herr Böllig in völlig abnehmender Weise und ließ den Herrschaften deutlich merken, daß er sie nur als Späbühner in der Großen Halle betrachte.

Womertwert aus der Debatte, die bis Freitag abend dauerte, sind noch zwei Einzelheiten. Der Zentrum Abgeordnete Dr. Paul der sprach über die katholische Forderung nach Rückgabe der Marien Maria, die seit 1816 dem preußischen Staat gehört, an die Kirche und drohte unerhört damit, daß die Kirche die Marien Maria nachgebenfalls von der französischen Verwaltungsbehörde entgegennehmen würde. Das ist der nationale Geist des rheinischen Zentrums!

Herrn Redner ist ein Sozialdemokrat den Fall des Unberührtbleibens von in Mainz, was der Minister Artikel mit unheilvollen Beschuldigungen verächtliche Verhältnisse, wie Ebert usw., veröffentlicht hatte. Ein deutschnationaler Redakteur ist mein Stadtrat des Artikels zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Herr Professor Junz ist von dem Disziplinarrat der Universität Würzburg zu — einem Verweis verurteilt worden! Herr Junz ist Ordinarius für Rechtsphilosophie und also Erzieher anderer künftigen Richter und Staatsanwälte! Das ist der Geist an den Universitäten der „Republik“!

Verhaltenen in Braunschweig. Am 5. April wurden in Braunschweig der Exzident Dr. G. G. G., Frau Minna Jagbauer und einige weitere Personen verhaftet. Der Grund ist noch nicht bekannt.

Weiter gemeinschaftlicher Beginnigung des Landesparlaments wurde der Stubi und frühere Leutnant Gerhard W. d. L. von München Volksgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Welterung im Gefängnis. Nach dem heutigen Befund der Bezugs über den Gefängniszustand finden die faterchallischen Erscheinungen in der Lunge bedeutend zurückgegangen. Die Welterung im Gefängnis befindet sich an.

Zur Taktik der A.P.D.

Ausprache in der Bezirksleitung der A.P.D. Halle-Merseburg

Die Bezirksleitung der A.P.D. Halle-Merseburg beschäftigte sich in einer am 6. März stattgefundenen Sitzung mit dem Vorgehen der Opposition innerhalb der Partei. Nach einer längeren und ausgiebigen Debatte ließ sich fast völlige Einigkeit mit aller Mühe über die Sachverhalte erzielen. Die Beschlüsse der Opposition, insbesondere auf dem Parteitag für Rheinland-Westfalen, sind als nicht billigt wurde. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die aufgeworfenen Fragen — nämlich die Parteipolitik und Kampf gegen die Arbeiterbewegung — in weitestem Maße in der Mitgliedschaft des Bezirks diskutiert und zur Klärung gebracht werden. Wir lassen nachfolgend einen kurzen Bericht über die Besprechungs-Sitzung, die lediglich dem Zweck einer gemeinsamen Auswertung diente.

In seinem einleitenden Referat über die Parteiforderungen betonte der Genosse Eidermann, daß das Problem der Gegenüberstellung ist, die bereits das Wesen einer Parteipaltung an die Wand malen. Zwar sei der Vorwurf einzelner oppositioneller Genossen gegen die Linie der Partei nicht leicht zu nehmen. Aber, immerhin liege die Gegenläufigkeit nicht so trennend grundsätzlicher Art, daß sich keine Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten finden ließe. Die Vorschläge der Opposition in der nächsten Linie in der Richtung entgegen einer falschen Einseitigkeit oder gar Ablehnung der Taktik der Einheitsfront, nie von der gesamten Partei gefolgelt und bisher mit nicht geringem Erfolg durchgeführt worden ist. In solchen Stand bei den Verhandlungen zwischen A.P.D. und B.P.D. die Bildung einer Arbeiter-Regierung auf der Tagesordnung. Die Kommunisten stellen als Bedingung für einen Eintritt in die Regierung unter anderen Gezeiten besonders die Einberufung eines Betriebsrätekongresses auf. Der rechte Flügel der B.P.D. hat im Grunde mit dem B.P.D. den Betriebsrätekongress labortiert. Aber auch der linke Flügel der B.P.D. brachte nicht die Kraft auf, auch nur eine Unterweisung über die Einberufung eines Betriebsrätekongresses durchzuführen. Die Taktik und Einfließen traten offen auf eine Koalition-Regierung mit dem B.P.D. los. So fand die Frage nur noch, entweder Einheitsfront oder sozialdemokratische Einheitsfront. Die Einheitsfront war die Einberufung des Betriebsrätekongresses, die die Genossen Ruth Führer als die „beste Voraussetzung zur Herausbildung einer kommunikativen Arbeiterpartei“ bezeichnet. Es steht aber fest, daß das Zustandekommen des Betriebsrätekongresses verhängnisvolle Folgen für die Arbeiterbewegung gehabt hätte. Nicht der Betriebsrätekongress in der B.P.D. wäre gefordert worden, sondern die B.P.D. hätte durch eine wolle Kommunistenbegegnung die A.P.D. für die Einheitsfront vorantreiben müssen, und die B.P.D. notwendig hätte. Das Resultat wäre ein Zerbrechen der Arbeiterfront in Westfalen gewesen. Hat doch auch die Existenz einer Koalition-Regierung in Preußen die sozialdemokratischen Arbeiter bisher noch nicht auf den Plan gerufen. So blieb zunächst nur die Unterführung der sozialdemokratischen Regierung. Zugespitzt ist, daß das vorläufige Vorgehen bei der Einberufung des Betriebsrätekongresses eine nicht geringe Konzeption leistung des B.P.D. ist. Aber unsere Partei hat sich in die beste Möglichkeit bemüht, den Betriebsrätekongress der B.P.D. d. h. die Position der Massen von den verärgerten Führern zu führen. Die Dresdener Vereinbarungen — Annäherung der Arbeiterbewegung und politischen Konflikte, Geseh über die Arbeiterbewegung, Bekämpfung des Wuchers und Unterwerfung der Kontrolostrukturen, Bildung von gemeinsamen proletarischen Arbeitsorganisationen, Kampf dem Sozialismus — sind Kampfschlüsse, die die sozialdemokratische Regierung sich zuwingen muß, zu unterstützen. Es muß verlangen, daß die Einberufung der ungenutzten Massen der demokratischen Massen zu besetzen. Dadurch ist für die A.P.D. die Möglichkeit der Mobilisierung der Massen und der erneuten Aufstellung der Schaffung einer wirklichen Arbeiter-Regierung gegeben.

Als das Resultat der Oppositionsvorschläge in der sächsischen Frage des Verstandes der Bewegung in Ballistik, so bezweifeln die Vorklären der Opposition der Zukunft ein so schnelles Vorgehen der Aktion, daß sie unbedingt ein so schnelles Vorgehen in der Richtung der Massen und der verärgerten Führern zu führen. Die Dresdener Vereinbarungen — Annäherung der Arbeiterbewegung und politischen Konflikte, Geseh über die Arbeiterbewegung, Bekämpfung des Wuchers und Unterwerfung der Kontrolostrukturen, Bildung von gemeinsamen proletarischen Arbeitsorganisationen, Kampf dem Sozialismus — sind Kampfschlüsse, die die sozialdemokratische Regierung sich zuwingen muß, zu unterstützen. Es muß verlangen, daß die Einberufung der ungenutzten Massen der demokratischen Massen zu besetzen. Dadurch ist für die A.P.D. die Möglichkeit der Mobilisierung der Massen und der erneuten Aufstellung der Schaffung einer wirklichen Arbeiter-Regierung gegeben.

Dollar heute vormittag 21050 Mark

der Arbeiterleitung durch das Proletariat mehr in den Arbeiter- und der Propaganda helfen müssen. Die Arbeiterschaft ist nicht unberücksichtigt. Dagegen ist das konkrete Kampfziel, daß sich die Opposition als Auswirkung dieser Propaganda, nämlich die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterklasse, im Anfangs- und auch im jetzigen Stadium der Arbeiterbewegung vollkommen unzulässig. Die Lösung der Betriebe durch die Arbeiterbewegung mit Hilfe der Arbeiterklasse ist nach wie vor ein höchst kompliziertes Problem. Die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung werden dadurch nur zu Kampfmännern der französischen Industriellen geworden, die auf diese Weise leicht zum Raub der Arbeiterklasse gekommen wären. In dem Moment, wo sich die deutschen und französischen Kapitalisten verhandeln, würde man gemeinsam deutliche Forderungen und Schand und französische Arzenei — die Arbeiterbewegung aus dem Betriebe verdrängen und blutig niederschlagen, denn in der jetzigen Situation ist es ausgeschlossen, die politische Machtfrage in ganz Deutschland aufzulösen, bedeutet doch Übernahme der Betriebe gleichzeitig Übernahme der politischen Macht.

Die Art, wie die einzelnen Führer der Opposition ihre unzulässigen Ideen in der Partei hineinbringen und dadurch teilweise geradezu Missionen führen, verdient die höchste Mißbilligung. Die Aufgabe aber, daß noch ein gewisser Prozentsatz der Mitgliedschaft sich im Schleppzug der Massen und Führer befindet, zwingt die Partei zunächst dazu, die aufgeworfenen Fragen durch Diskussion zu klären. Es muß unter allen Umständen die Einheitsfront der Partei gewahrt werden. Stellt sich auf der Frage des Generalausgleichs heraus, daß ein weiteres Verschärfen der oppositionellen Führer in der A.P.D. mit der Einheitsfront und Aktionsfähigkeit der Partei nicht zu vereinbaren ist, dann müssen allerdings die Konsequenzen gezogen werden.

In der Diskussion stimmte Genosse G. G. G. im wesentlichen den Ausführungen des Vortragsers zu. Er wies auf die Auswirkung der sächsischen Einheitsfront auf die Koalition-Regierung hin und forderte die Arbeiterbewegung auf die Einberufung der B.P.D. in Preußen hin. Es war unmöglich, die Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses durchzuführen, da der kommunikativen Einfließen vor allem im sächsischen B.P.D. viel zu schwach war. Unsere Aufgabe ist daher auch besonders, unsere Einfließen in den wirtschaftlichen Organisations zu klären. Genosse G. G. G. hat im übrigen in dem Referat der Opposition die Einheitsfront der Arbeiterbewegung auf die Einberufung der B.P.D. in Preußen hin. Es war unmöglich, die Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses durchzuführen, da der kommunikativen Einfließen vor allem im sächsischen B.P.D. viel zu schwach war. Unsere Aufgabe ist daher auch besonders, unsere Einfließen in den wirtschaftlichen Organisations zu klären. Genosse G. G. G. hat im übrigen in dem Referat der Opposition die Einheitsfront der Arbeiterbewegung auf die Einberufung der B.P.D. in Preußen hin.

Der Genosse G. G. G. hielt die Ausführungen des Genossen Eidermann für zu optimistisch und glaubte ebenfalls, daß eine Verhandlung zum mindesten mit Ruth Führer und Maslow nicht mehr möglich ist.

Genosse U. B. A. ist der Ansicht, daß neben der Bildung von Arbeitsgemeinschaften in Sachsen die Befähigung und Einwirkung der Arbeiterbewegung in Preußen in den Vereinbarungen der B.P.D. in den Vordergrund hätte gestellt werden müssen. Durch einen nach Bedarf zunehmenden Betriebsrätekongress und den Wahlen in den Betrieben wäre eine viel bessere und größere Mobilisierung der Arbeiterbewegung erreicht worden. Die Einberufung der Betriebe im Ruhrgebiet und die Forderung einer Einheitsfront in Sachsen ist eine politische Dummbel. Der Agitation muß in Zeiten der gespanntesten Agitation, wie sie im Ruhrgebiet herrscht, die Tat folgen und da würde in der jetzigen Zeit der Betriebsrätekongress im Ruhrgebiet die Niederlegung der Arbeiter durch das französische Mittel- und die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung in Preußen und die Forderung einer Einheitsfront in Sachsen ist eine politische Dummbel. Der Agitation muß in Zeiten der gespanntesten Agitation, wie sie im Ruhrgebiet herrscht, die Tat folgen und da würde in der jetzigen Zeit der Betriebsrätekongress im Ruhrgebiet die Niederlegung der Arbeiter durch das französische Mittel- und die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung in Preußen und die Forderung einer Einheitsfront in Sachsen ist eine politische Dummbel. Der Agitation muß in Zeiten der gespanntesten Agitation, wie sie im Ruhrgebiet herrscht, die Tat folgen und da würde in der jetzigen Zeit der Betriebsrätekongress im Ruhrgebiet die Niederlegung der Arbeiter durch das französische Mittel- und die Arbeiterbewegung der Arbeiterbewegung in Preußen und die Forderung einer Einheitsfront in Sachsen ist eine politische Dummbel.

Zum Schluß stellte der Genosse G. G. G. die eingangs erwähnte Einheitsfront der Bezirksleitung in der Beurteilung des Vorgehens der Opposition fest.



Aus der Provinz

Kommunistische Betriebsräte des Industriegebiets Bitterfeld!

Montag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, findet in Bitterfeld, Lokal „Fürst Bismarck“ eine Zusammenkunft aller kommunistischen Betriebsräte des Industriegebiets Bitterfeld (Chemie, Bergbau, Eisenindustrie, Zinn- und Kleinindustrie usw.) statt. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben und ist überaus wichtig. Befertigt ist der Genosse Johannes Schmidt, Halle. Parteieintritt ist mitzubringen. Kollektives Essen ist notwendig.

Zur Maifeier 1923

Keine Einheitsfront am 1. Mai?

Das Bezirksratell Halle-Merseburg hat den nebenstehenden Aufruf des Bezirksratells der KPD und des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes sowie der Vereinstellung der KPD, am Donnerstag, dem 29. März, mit der Bitte überreicht, bis zum Dienstag, dem 3. April, ihre Zustimmung oder etwaigen Wünsche zum Bestehen des Vorwärtigen des Bezirksratellvorstandes zu übermitteln. Bis Freitag, dem 6. April, ist von keiner Seite eine Antwort eingegangen. Nun, keine Antwort ist auch eine Antwort. Und diese Elemente verdienen keine noch immer die Kommunisten als Gewerkschaftsleiter anzuerkennen. Wir ist erneut bemerken, daß die KPD und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diejenigen sind, die ein gemeinsames Handeln der arbeitenden Bevölkerung verhindern wollen.

Wir sind der Ansicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten, sowie die freigewerkschaftlich organisierten Beamten diesen Aufrufen am 1. Mai die richtige Antwort geben und geschlossen an der Demonstration teilnehmen. Die Ortsratelle fordern wir auf, dem Aufruf des Bezirksratells des ADGB zu folgen und überall den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu beobachten sowie geschlossene Demonstrationen aller Arbeiter zu veranstalten.

Das „Volksblatt“ lehnt den Maiaufzug des Bezirksratells des ADGB ab

Die ADGB, der Allgemeine Deutsche Arbeiterbund und die KPD, haben den Aufruf des Bezirksratells zum 1. Mai nicht unterzeichnet, sie haben dadurch gezeigt, daß sie die Einheitsfront der Arbeiterbewegung bewußt verlassen. Nun hat das „Volksblatt“ die Veröffentlichung des Aufrufs ebenfalls abgelehnt. Wir stellen in aller Offenheit fest, daß eine Zeitung der Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf eines Bezirksratells des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes ablehnt. Wir ist erneut bemerken, daß die Arbeiterpartei zu sein. Der Aufruf enthält nichts, was gegen die Richtlinien des ADGB verstößt. Die Handlung der sozialdemokratischen Zeitung wird den Bundesvorstand des ADGB beschäftigen.

Mit unsrer Genossen und jeden aufrichtigen Arbeiter, der es ernstlich mit der Sache der Arbeiterbewegung meint, ist es nun Pflicht, diese gewerkschaftsfeindliche Haltung der Sozialdemokratie und des „Volksblattes“ in die weitesten Kreise der Gewerkschaftsmitglieder zu tragen. Trotz der Sabotage der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer muß der 1. Mai eine wahre Demonstration für den Willen der Arbeiterbewegung zur Herstellung der Einheitsfront sein.

Zeitgemäße Feststellungen

Stetigwächse von Militärpersonen infolge des Weltkrieges in der Provinz

Fast zur richtigen Zeit, da die Nationalisten wieder zu einem neuen Anlauf begehren, die kaiserliche Presse eine Zusammenstellung über die Opfer des Weltkrieges in der Provinz zu veröffentlichen. Damit soll ebenfalls gezeigt werden, daß die Provinz jetzt schon wieder ein solches „Schlachtfeld“ ist. Die nach-

Euer Demonstrations- und Kampfzeit, d. 1. Mai, hat in diesem Jahre eine besondere Bedeutung. Vier blutige Jahre sind die Arbeiter durch den hartnäckigen Krieg gefoltert. Vier Jahre opfern sie den kapitalistischen Gut und Leben.

Über 12 Millionen tote Proletarier

und eine vollkommene Zerrüttung der Wirtschaft sind das Fazit dieser Jahre.

Über vier Jahre sind seit der Beendigung des Krieges verstrichen, vierinhalb Jahre sind an dem Wiederaufbau der Wirtschaft gearbeitet, und heute ist die Lage der arbeitenden Klasse ernster denn je.

Täglich zunehmende Arbeitslosigkeit, Hunger und Teuerung, wie sie die Welt noch nie gekannt hat, dazu unerschütterliche Steuerlasten. Das sind die bitteren Früchte, die dem Proletariat dafür zugesetzt sind, daß es sich in geschlossener Front seinen Klassenfeind widersetzt, als er sich gewaltsam in der schwersten Krise befand. Die „kapitalistische Ordnung“ bringt

keine Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft weitere Zerstörung, keine Frieden neue Kriege,

keine Hebung der Lebenslage der Existenz der arbeitenden Klasse und des Mittelstandes.

Durch den Streik der kapitalistischen Gruppen um die Vormachtstellung der imperialistischen Weltmacht rückt die Gefahr eines Krieges von Tag zu Tag näher. Statt Frieden ist durch die Begehung des Ruhrgebietes erneut ein Krieg entbrannt, in dem die arbeitende, hilflose Klasse, die Hand- und Kopfarbeiter, ebenfalls wieder alle Kosten und Kosten tragen sollen, wie der arbeitenden Bevölkerung alle Kosten und Kosten des Weltkrieges aufgebürdet worden sind.

Trotz aller Gegenläufe sind sich die Kapitalisten aller Länder einig, wenn es gegen die Arbeiter und Angestellten geht. Überall verbinden sie die den Arbeitern nach dem Kriege gemachten Zugeständnisse wieder zu nehmen.

Die Rechte der Betriebsräte werden bekräftigt. Die Gleichberechtigung im Betriebe ist eine hohle Phrase.

Der Währungsstreik wird ungenutzt. Schon hat der Reichswirtschaftsrat diesem Raube zugestimmt.

Der Metalllohn wird immer mehr herabgedrückt.

Durch Steuern wird uns der letzte Groschen aus der Tasche geholt. Über 1/2 aller Staatslasten und Reparationszahlungen trägt jetzt bereits die arbeitende Bevölkerung.

Die Zahlen werden für das Proletariat nach der Verführung zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten noch vergrößert werden.

Stehenden Zahlen reden Bände und sind geeignet, auch dem Letzten unter der Arbeiterbewegung die Augen zu öffnen.

In der Zeit vom Beginn des Weltkrieges im Jahre 1914 bis zum 31. März 1923 sind im ganzen preussischen Staatsgebiet zusammen 1.071.479 Militärpersonen im Felde gefallen oder an den Folgen des Weltkrieges gestorben. Dabei liegen für die Jahre 1919 bis 1921 aus den inzwischen abgetreteten Gebieten keine vollständigen Zahlen vor, so daß die oben angegebene Zahl wohl noch etwas höher bemessen werden kann. Die größten Verluste brachte das Jahr 1915 mit 288.356 Personen, dann folgten 1918 mit 248.707; 1916 mit 201.952; 1917 mit 149.578 und 1919-1921 mit 104.445.

In diesem Verlust ist die Provinz Sachsen beteiligt mit 84.440 Personen, und zwar 1914: 10.520; 1915: 21.573; 1916: 16.539; 1917: 14.144; 1918: 20.895 und 1919-1921: 510.

Furcht. Der englische Botschafter in Washington hat sich dem Vorhaben der Schwenkung heraus und bemerkt, daß England allein hierzu nicht imstande sei und deutete an, daß Amerika ebenso handeln müsse. Er warnte vor dem völligen Verfall Deutschlands, der eine Vernichtung Frankreichs nach sich ziehen würde und vor der Möglichkeit einer europäischen Revolution, die alle europäischen Interessen Morgans zerstören würde. Die englische Flotte bereitete sich zur Arbeit gemeinsam mit Garcon, um in Washington gemeinsam mit Morgan und Harding zu verhandeln.

Anfang September wurde eine Vereinigung der Kupfertrusts von Rockefeller und Guggenheim zu einem Konsortium über ganz Nord- und Südamerika prophezeit, der eigentlich, ausgenommen zwei unabhängige Kompanien, die gesamte Kupferproduktion umfaßt. Das Konsortium macht sich eine weitere Verstärkung der kleinen Verbündeten.

Gleichzeitig verlor die libanesischen Petroleumkompanie auf der Neuport-Wiese den Boden unter den Füßen.

Der Hauptvertreter dieser Petroleumgesellschaften war die Firma Houston & Keeble. Die Herren der Neuport-Wiese haben Houston zu sich ein und letzten ihm vor, denen die Firma nicht gehören konnte. Auf sein Verlangen, man möge ihn durch eine Anleihe helfen, antwortete die Waise mit einer Erklärung, worauf die Firma pleite ging und die Waise mit Aktien der libanesischen Kompanien, deren Kurs heruntergeputzt war, überflutete. In wessen Hände diese Aktien geraten sind, kann man bei der Standard Oil erfahren.

Allen Anzeichen nach stehen Rockefeller, der eine gute Hälfte der Petroleummacht darstellt, und Guggenheim am Vorabend eines neuen Bundes, wobei die kleinen Verbündeten in eine hässliche Lage geraten.

In diesem Augenblick machte Morgan seinen Besuch bei Hughes, dem früheren Präsidentenwahlkandidaten der Standard Oil und jetzigem Außenminister der Vereinigten Staaten. Diese beiden Anwälte haben nicht gerührt, zu sagen, was sie eigentlich mit Amerika anstellen wollen, aber es ist deutlich, daß sie etwas Wichtiges unternehmen werden. Man kann mit Sicherheit sagen, daß sie schiefen werden, die gesamte amerikanische Bevölkerung Amerikas zur Verfügung zu stellen und damit eine Anleihe von einigen Millionen von Dollar an Deutschland zu spenden. Dieses Projekt bedeutet die Rettung der Anleihen, die Morgan Europa gewährt hat. Aber sie haben einen noch größeren Ehrgeiz: ihre finanzielle und politische Macht über Europa unter dem Schutze der Armee und der Flotte aufzurichten.

Das ist das Wachstum des Weltreiches, in dem alle leitende Kräfte mit gleichen Methoden, Wilson, Guggenheim und die Morgan-Gruppe angelockt werden. Man bemerkt, daß bei der Arbeit zum Schutze der Herren, die durch den Verfall der Friedensvertrag an England übertragen worden ist, auch die Standard Oil eifrig mitarbeiten wird. Frankreich wird seine Ansprüche auf die deutschen Reichtümer an Wallstreet abgeben müssen. Es wird auch die Ausgaben für die Armee, welche die Einnahmen doppelt übersteigen, einschränken müssen, und es wird eine aktive Bilanz haben müssen, um die Schulden an seinen Herrn zu zahlen - an Wallstreet.

Am 25. ist es entstanden.

Die beste Erklärung für die Absichten Harding's, sich in europäischen Angelegenheiten nicht zu engagieren, gibt der Korrespondent einer reaktionären Zeitung, Louis Sobel, der seine Nachrichten in Washington ausstrahlt. Sobel beleuchtet ganz die Tatsache, daß seitens Deutschland am Vorabend der Revolution ist. Zweitens

Maifeier 1923

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Und wenn sich das Proletariat gegen ein noch größeres Herabdrückung seines Lebensniveaus wehrt, dann soll es von der Vollzeit, der Klassenjustiz und dem bewaffneten Gewaltsamen der Gegenrevolution niedergebunden werden. Nicht umsonst zahlen die Unternehmern riesige Summen für die bewaffneten Formationen, die heute froh und offen auftreten, und nicht nur die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben terrorisieren, die Einrichtungen der Arbeiterbewegung zerstören, sondern selbst offen an die Befestigung der Republik herangehen.

Diesem gefährlichen Treiben der Faschisten hat die Arbeiterbewegung in diesen Gegenden des Reiches, besonders in Thüringen und Sachsen durch Schaffung von Abwehrformationen einen Damm entgegengeleitet.

Die Kapitalisten aller Länder haben sich zum Angriff gegen die Arbeiterklasse zusammengeschlossen. Auch die Arbeiterbewegung aller Länder findet sich national und international zusammen.

Nur weil wir gesplittert sind, nur weil wir durch Nationen getrennt sind, konnten unsere Feinde uns schlagen.

Die Kapitalisten werden solange über uns höhnen und lächeln, als wir ihnen nicht die wuchtige Faust des geeinigten Proletariats fühlen lassen.

Am 1. Mai gibt es für die gesamte wertvolle Bevölkerung, einen Schritt vorwärts zur Bildung der Einheitsfront zu machen, einen Schritt vorwärts zur Organisation, ein militärischer Kampf aller Unterdrückten gegen das Kapital.

Am 1. Mai muß als Zeichen des Kampfwillens und des Klassenbewußtseins die Arbeit ruhen. Am 1. Mai stehen alle Kader. Sammelt Euch zu gemeinsamer Demonstration

für den Achtstundentag und für das Streik- und Koalitionsrecht, für den Schutz der Erwerbsunfähigen, der Frauen und Jugendlichen,

für die Freilassung der politischen Gefangenen,

für den Kampf gegen Wucher und Teuerung und die Gefassung der Schwervere,

für den proletarischen Selbstschutz,

für die Arbeiter-Regierung,

für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse.

Bezirksratell Halle-Merseburg des ADGB

Willehelm Seiffing

Kommunistische Partei, Bezirk Halle-Merseburg,

Wille Sachse.

Provinzial-Städtetag

Der diesjährige Städtetag der Provinz Sachsen und des Preussens Anhalt findet vom 30. August bis 1. September in Erfurt statt. Der dortige Magistrat hat zur Durchführung der erforderlichen Vorbereitungen bereits einen Ausschuss eingesetzt.

Die herrschende Dynastie der Vereinigten Staaten

Von Robert Minor (Amerika)

(Schluß)

Am 8. Oktober schmupperte Hearst in der Luft umher und begriff, was vorliegt.

In einem großen Zeitungsartikel erklärte er Hearst als einen Abgebildeten der internationalen Bankiers, nicht aber der Vereinigten Staaten, und forderte keine Überberufung aus London.

Am 8. Dezember deutete der Präsident Harding in seiner Kongressrede den erwarteten Vertrag zwischen Rockefeller und Morgan an. Die Rede des Präsidenten ist auch anderer Punkte wegen wichtig. So fordert er beispielsweise die

Bekämpfung der Gewerkschaften

und ein Gesetz, nach dem die Arbeiter gezwungen sein werden, den Willen des Arbeitgebers zu erfüllen. Mit jenseitiger Klarheit fordert Harding Gefängnisstrafen für alle Streiker, verpflichtet er die Staats- oder Streikbrecher, weist er hin auf die Notwendigkeit einer Polizeiaufsicht über alle Einmänner und einer Armee von Spiegeln zur Verfolgung aller freiwirtschaftlichen Denkbaren, spricht er die Furcht aus vor den Verteidigern der Revolution und fordert, die Furcht vor der Kongress- und Verfassungshaus für Arbeiter werden solle. Gleichzeitig warnt er andeutungsweise vor dem Gedanken eines vernünftigen Vorgesetzten, der nur theoretisch ist, in Wirklichkeit aber unpraktisch. Das war nichts anderes als eine Teufelschiffahrt. Aber der Punkt, der unsere Geschichte angeht, befindet sich im folgenden Paragraphen.

„Der Vertrag der vier Mächte (Washington-Konferenz zwischen England, Amerika, Japan, Frankreich) bezeugt die Möglichkeit des Krieges im Stillen Ozean und gibt uns neuen Glauben an einen dauerhaften Frieden, so daß ich hoffen kann, daß man zweckmäßigerweise nach bemessenem Übermaß wirken kann, wo allgemeine Interessen berührt werden.“

Mit anderen Worten heißt das: die Standard-Oil wird sich mit dem Haus Morgan über den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg einigen, dadurch die Morganischen Kapitale retten und den internationalen Bankiers die Hegemonie über Europa geben in der Annahme, daß alles paritätisch für beide Dynastien geregelt werden wird und die Hege des Standard-Oil-Zustand aufrecht, dazu noch in der Annahme, daß die englischen Petroleuminteressen mit der Standard-Oil alle europäischen und atlantischen Ozeanellen, welche durch den Weltkriegs Friedensvertrag in die Klauen der englischen Kapitalisten geraten waren, gemeinsam aufheben werden. Nach vier Tagen beurlaubten die verbündeten Diplomaten die Konferenz bis zum 2. Januar, bis dahin sollte Harding den Vertrag abhändigen. Inzwischen fing Hearst an, mit der Behauptung des Rubens einen Sturm zu schlagen und versetzte eben Streik Harding's.

Im folgenden Tage ließ Harding die Andeutung fallen über seine Absicht, irgendetwas für die europäischen Finanzen zu tun. Daraufhin berief er das Ministerkabinett und erklärte inoffiziell, daß die amerikanischen Bankiers Europa eine neue Anleihe zu vergeben würden, daß aber von einer Streckung der Schulden an Amerika keine Rede sein könne. Mehr noch, Frankreich müsse seine Forderungen an Deutschland herabsetzen. Hearst wurde aus London zurückberufen, um genaue Informationen über das herandrückende Geschäft zu erhalten. Die Neuport-Wiese, die drei Wochen früher an Hearst geraten war, geriet von neuem in Unruhe und versetzte Wallstreet in

zeigt, er, daß die amerikanischen Farmer an die 100 Millionen Dollar Wertes verkaufen können und dadurch die Welle von Unzufriedenheit und Unzufriedenheit abzuwenden können, die das Land überflutet. Harding nimmt an, daß der Farmer, wenn er Schlag für sein Brot findet, nicht mehr den Führern gefälliger politischer Strömungen folgen wird, welche die Sicherheit der amerikanischen Regierung bedrohen. Wir leben in lustigen Tagen.

Aus dem Weihen Haus heraus wurde die Forderung gestellt, die Preise möge wieder sinken. Fast alle Zeitungen fügten sich und schwiegen still. Nur Hearst bringt wieder wie ein toller Bär. Aber sein Ton ist durch das Fehlen der Heinen Verbindungen nach einem Vereinbarung verbündet. Die Hearst-Briefe enthielten Daugherst und befand sich schon mitten in einer Einhaltungsstampa gegen den Finanzminister Mellon, als ein Schlag gegen sie geführt wurde. Darauf geplatzt Hearst die Front um und begann Daugherst in einem Leitartikel zu verteufeln. Am anderen Tage auch Mellon. Das bedeutete, daß er heilig sprech, ein braunes Junges zu werden, wenn man Harding die kleinen Gesellschaften nicht überlassen überläßt.

Am nächsten Zeit beschuldigt Hearst in einem Offenen Brief an seinen Redakteur William den Harding des Übergrabs in das Morgan-Lager und verurteilt den Abenteurer Hearst. Der Offene Brief war eine Drohung mit Entschuldigungen über die ganze schamlose Geschichte und deutet an, daß er seine Drohung ausführen werde, wenn man ihn verläßt. Er behauptet, daß Hearst an der Nachtentzerrung in Chicago teilnahm, wo Harding als Agent des Hauses Morgan gewählt wurde. (Hearst war übrigens Hearst schon damals ein Vermittler zwischen der Standard Oil und Morgan und kannte schon im voraus alle Folgen dieser Vereinbarung und der Delegation aus den kleinen Reichen der Verbündeten.) Interessant ist, daß Hearst gleichzeitig auch Wilson des Betrugs beschuldigt, weil er zu Morgan überging und nach seiner Wahl den Krieg erklärte, trotz seines Versprechens, den Eintritt in den Krieg zu verhindern. Und Hearst enthielt geruland das Ziel des effizienten Übergangs zu Morgan, denn Harding ist bemüht, Hearst fertig zu werden, als der neugeborene Kongress zusammenkommt.

Aber ein solcher Mordanschlag wurde Harding durch den Zwang der Umstände diktiert. Nach dem vollen Durchfall der Claque Harding-Standard Oil bei der letzten Wahl, einem Durchfall, der eine Spaltung in den Reihen der Republikanischen Partei bedeutet, kann nur eine Koalition des Petroleumtrusts mit den internationalen Bankiers eine sichere Kontrolle der Regierung der Vereinigten Staaten garantieren. Nach den letzten Wahlen ist es für die beiden Dynastien nicht mehr verteilbar, miteinander Krieg zu führen. Denn die gegenwärtige Situation ist dieselbe wie 1898, als sie sich zur Wahl Mac Kinkens vereinigt.

Der gesetzliche Kandidat des Jahres 1924 wird der gemeinsame Kandidat der Koalition sein. Welche Partei sie ganz und gar auszuüben werden das hängt ab vom Umfang der Spaltung in der Republikanischen Partei. Die Oppositionspartei wird zertrübt werden von den Reichen der vermögenden libidinalen Detrikts und von einigen Kupfergesellschaften, die nicht in den Bund Rockefeller, Mellon, Guggenheim und Comers aufgenommen werden sind.

Ich würde behaupten den Senatoren North und La Follette für die Maßnahme 1924 gegen Harding empfehlen, indem sie gegen Wallstreet loslassen, als nur die kleinen Verbündeten beschuldigen werden, mit dem Text:

„Denk daran! Er hat uns vor dem Zerfall bewahrt. Doch Euch nicht mehr dumm machen!“

